

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/170

6. September 1976

Dotkredite und der deutsche Arbeiter

Das riskante Unions-Wahlkampfspiel mit den Arbeitsplätzen

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Seite 1, 2 und 3 / 132 Zeilen

Kohl kneift, wo er kann

Vages Verhältnis des Unions-Kanzlerkandidaten zur Wahrheit

Von Karl Thorwirth MdL

Stellv. Landesvorsitzender und Oppositionsführer der SPD in Rheinland-Pfalz

Seite 4 und 5 / 63 Zeilen

Tragfähige Basis für den innerdeutschen Sport

Auch in diesem Bereich nur Lippenbekenntnisse der Union

Von Peter BÜchner MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 54 Zeilen

"Wenn die Koseken kommen..."

Das alte Geschäft der CDU/CSU mit der Angst

Seite 8 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-229
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 05 06 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnler Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Ostkredite und der deutsche Arbeiter

Das riskante Unions-Wahlkampfspiel mit den Arbeitsplätzen

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Wenn ein deutsches Unternehmen einen großen Auftrag landet, feiert die "Bild"-Zeitung dies wie nationale Olympia-Rekorde. In den Wahlwochen allerdings wird fein differenziert: Liefert Frankreich ein Kernkraftwerk an einen westlichen Industriestaat - gegen Kredit, selbstverständlich - so hat die Bundesregierung geschlafen oder beugt sich politischen Vorurteilen. In jedem Fall: Dieses Geschäft hätte man natürlich machen sollen. Liefert aber Mannesmann Röhren an die Sowjetunion - gegen Kredit selbstverständlich -, so hätte man sich dieses Geschäft sparen sollen, denn "dieses Geld sieht man nicht wieder".

Unions-Politiker und ihre Zutritter versuchen es wirklich mit jedem Vorurteil und kein Poujadismus ist billig genug, um nicht von der CDU/CSU im Wahlkampf verkauft zu werden. Ob dabei Exportarbeitsplätze riskiert, gute Kunden verprellt werden: Hauptsache, die Wahlkasse der Unions-Parteien stimmt am 3. Oktober. Dabei haben sich die Staatshandelsländer bisher als pünktliche Zahler erwiesen. Kredite sind im Übrigen ein natürlicher Bestandteil des Welthandels. Bei deutschen Krediten an Länder des Ostblocks handelt es sich in aller Regel auch nicht um Steuergelder. Die deutsche Wirtschaft läßt das Zahlungsrisiko ihrer Warenexportgeschäfte und Finanzkredite vom Bund nur absichern. Unsere Kredite machen auch nur ein Viertel der gesamten Verschuldung des Ostens gegenüber dem Westen aus und entsprechen damit genau unserem Anteil am Export des Westens in östliche Richtung. Unser Handel mit den Ländern des Ostblocks stützt sich weniger auf staatliche Kreditgewährung, als dies für Großbritannien und Frankreich gilt. Diese Staaten nämlich räumen der Sowjetunion Kreditlinien ein und überlassen es den sowjetischen Firmen, die für sie geeigneten Waren auszusuchen und zu bestellen. So hat Großbritannien nacheinander Kredite von rd. 200 Millionen und rd. 900 Millionen £ erteilt, während Frankreich einen Fünf-Jahreskredit von 12 Milliarden Francs zusagte. Im Vergleich mit den westeuropäischen Industriestaaten ist das deutsche Engagement im einzelnen nur in dem Maße gewachsen, wie auch unser Exportgeschäft mit dem Ostblock erfolgreicher war. Das Kreditengagement des übrigen Westens dem Ostblock gegenüber beträgt rd. 24 Milliarden US-\$, verglichen mit rd. sechs Milliarden US-\$ unserer Wirtschaft.

In den Jahren 1974 und 1975 hat unsere Wirtschaft ihre Leistungsbilanz-Überschüsse gegenüber den Staatshandelsländern großenteils durch Kredite finanziert. 1974 handelte es sich vor allem um längerfristige Warenkredite deutscher Unternehmen an ihre östlichen Handelspartner. Im Jahre 1975 stellten die deutschen Banken angesichts ihrer guten Liquiditätslage und zurückhaltender Kreditnachfrage aus dem Inland mit ihren langfristigen und zusätzlich kurzfristigen Krediten den Hauptanteil an der Kreditgewährung. Ende 1975 entfiel daher mit etwa elf Milliarden DM mehr als die Hälfte der deutschen Forderungen gegen die Staatshandelsländer auf Handelskredite deutscher Un-

ternehmen, während die deutschen Banken Kredite und Darlehen von über acht Milliarden DM gewährt hatten. Ein erheblicher Teil der vorgenannten Forderungen war durch staatliche Bürgschaften in Höhe von 11,6 Milliarden DM gedeckt, die aber nicht hinzugezählt werden dürfen.

Gemessen an dem gesamten Auslandsaktiva unserer Wirtschaft von 330 Milliarden DM (brutto) machen die Forderungen gegenüber den Staatshandelsländern von knapp 20 Milliarden DM nur sechs vH aus, was in etwa ihrem Anteil an unserem gesamten Außenhandelsvolumen entspricht. Unsere Forderungen gegenüber den westlichen Industriestaaten belaufen sich auf über 200 Milliarden DM und gegenüber den Entwicklungsländern auf über 70 Milliarden DM.

Die sprunghafte Steigerung der deutschen Ausfuhren ab 1972 kam unserer Wirtschaft - und damit auch dem einzelnen Arbeitnehmer - während der Konjunkturflaute von 1974/75 durchaus gelegen. Als die deutschen Gesamtausfuhren 1975 um vier vH sanken, erhöhte sich unser Handel mit dem Ostblock um zehn vH. Er bot damit - ähnlich dem kräftigen Exportzuwachs in die ÖL-Länder - einen gewissen Ausgleich für die schrumpfende Nachfrage aus den westlichen Industriestaaten und trug zur Sicherung unserer Arbeitsplätze bei. Bedenkt man, daß rund 4,5 Millionen Arbeitnehmer für den deutschen Export tätig sind und der rund acht-vH-Ost-Anteil des deutschen Exports vor allem auf Maschinenbau, schwere LKWs sowie Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie entfallen, so wird die Bedeutung dieser Geschäfte deutlich.

Dieser Exportzuwachs war möglich durch den Abbau von Spannungen in den außenpolitischen Beziehungen und weil sich unser breites Angebot an Investitionsgütern und industriellen Vorerzeugnissen flexibel auf die Entwicklung der östlichen Länder einstellen konnte. Weil aber die Staatshandelsländer bei weitem nicht soviel in die Bundesrepublik verkaufen konnten, wie sie bei uns kauften, sind unsere Netto-Forderungen gegenüber den Staatshandelsländern auf 16,5 Milliarden DM angewachsen, was 16 vH der gesamten Nettovermögensposition der Bundesrepublik ausmacht. Im 1. Halbjahr 1976 stiegen nun die Importe aus dem Osten mit 33,1 vH überdurchschnittlich an, und zwar stärker als die deutschen Exporte in den Osten (plus 2,8 vH). Insbesondere die Sowjetunion steigerte ihre Lieferungen in die Bundesrepublik um 50 vH, während die Zunahme in umgekehrter Richtung nur sechs vH betrug. Das Defizit der Staatshandelsländer ging also zurück: ein Indiz dagegen, daß "wir dieses Geld niemals wiedersehen". Diese von einigen Abgeordneten der CDU/CSU ausgegebene und von der Springer-Zeitung "Bild am Sonntag" wiederholte Behauptung zeigt Leichtsinns auf Kosten unserer Konjunktur, auf Kosten unseres Exports und auf Kosten unserer Arbeitsplätze. Während die CDU-Politiker Kiep und Albrecht die Ansicht vertreten, daß der Ostblock wirtschaftlich nicht erpressbar sei, fordern Wohlrabe und Windelen, den Abbruch wirtschaftlicher Verbindungen zum Ostblock als Waffe einzusetzen. Damit werden nicht nur die inneren Widersprüche der CDU/CSU demonstriert, sondern leider auch eine Linie, deren tolpatschige Verwirklichung man sich unter einer CDU/CSU-Regierung wohl vorstellen kann.

Die deutschen Kredite an Länder des Ostblocks sind Kredite der deutschen Wirtschaft. Den einzigen an einen Mitgliedstaat des Comecon gegebenen Staatskredit hat Polen erhalten; dieser ganze Komplex aber ist von allen Parteien des Bundestages mitgetragen worden. Dies gilt übrigens auch für

den "Swing" gegenüber der DDR, der schon seit Adenauer existiert und dessen Dynamisierung noch unter GDU-Kanzlern beschlossen wurde. Auch dieser heute maximal 850 Millionen DM pro Jahr betragende Kredit ist für Arbeitsplätze in der Bundesrepublik und in Westberlin wichtig. Von den in diesem Rahmen gegebenen Aufträgen ziehen mindestens 3.300 westdeutsche, vor allem kleinere und mittlere Firmen ihren Nutzen.

Gewiß werden im Bundeshaushalt Mittel für Exportkreditbürgschaften bereitgestellt; aber die Behauptung, damit hätten Kindergärten oder Fabrikanlagen im Teutoburger Wald finanziert werden können, ist dummes Zeug. Erstens werden diese Mittel im Osthandel nicht wirklich in Anspruch genommen; zweitens ist ihre Bewilligung an die Bedingung kaufmännisch gesicherter Exportgeschäfte gebunden; und drittens verfolgen sie einen anderen, aber ebenso notwendigen Zweck wie Inlandsinvestitionen: Sie sichern Absatzmärkte und damit Arbeitsplätze. Schließlich bringen sie auch Zinsen und sonstige Einnahmen aus dem Bürgschaftsgeschäft, auch für den Bundeshaushalt. Auch wenn diese Kosten dem östlichen Handelspartner nicht ausdrücklich in Rechnung gestellt werden, so gehen sie doch immer in die Kalkulation der Preise ein, die von unseren östlichen Handelspartnern gezahlt werden. Bei der Exportkreditversicherung verhält sich der Bund weitgehend wie ein kommerzieller Versicherer und ersetzt nicht etwa eine mangelnde Bonität des Käufers. Vielmehr muß der deutsche Exporteur von dem Käufer Sicherheiten von Außenhandelsbanken des Bestellerlandes oder Ähnliches vorlegen. Mit der Exportkreditversicherung setzte der Bund von Anfang an eine schon vom Deutschen Reich begonnene Praxis fort. Obwohl in den sogenannten Staatshandelsländern Importfirmen Eigentum des Staates sind, hat sich der Bund mit Rücksicht auf die formal rechtliche Selbständigkeit der Importfirmen in diesen Ländern stets solche Banksicherheiten vorlegen lassen.

Die Zahlungsbereitschaft unserer osteuropäischen Handelspartner hat denn auch bisher keinem Zweifel unterzogen werden müssen. Unsere Exporteure und Banken wissen bis heute sehr wohl zu schätzen, daß hinter ihren östlichen Geschäftspartnern ganze Volkswirtschaften stehen. Dabei hat insbesondere das Rohstoffpotential die Sowjetunion als Kreditnehmerin interessant gemacht; sie hat durch Ölverkäufe und vor allem durch die bis zum Jahre 2.000 ständig anwachsenden Gaslieferungen dauerhaft steigende Einnahmen. Demzufolge haben sich die Banken der Bundesrepublik und des Euromarktes 1975 geradezu darum gedrängt, der Sowjetunion Kredit einzuräumen.

Die in der Bundesrepublik übliche Verbürgung von Exportrisiken wird auch in den anderen westlichen Industriestaaten praktiziert. Nur sind deren Bürgschaftssummen im Gesamtumfang dort nicht so hoch, wo ihre Exporte durch Staatskredite finanziert werden. (~/6.9.1976/va/pr)

+ + +

Kohl kneift, wo er kann

Vages Verhältnis des Unions-Kanzlerkandidaten zur Wahrheit

Von Karl Thorwirth MdL

Stellv. Landesvorsitzender und Oppositionsführer der SPD in Rheinland-Pfalz

ARD-Interviewer Friedrich Nowotny bat den Unions-Kanzlerkandidaten Dr. Helmut Kohl um Antwort auf die Frage, was er zu den jüngsten Vorschlägen des Bundeskanzlers zu Fernsehsachdiskussionen und schließlich auch zu der Erinnerung von Helmut Schmidt zu sagen habe, daß er, Kohl, als Ministerpräsidentenkandidat der CDU in Rheinland-Pfalz seinem sozialdemokratischen Herausforderer Wilhelm Dröscher genau das abgelehnt habe, was er heute so lautstark fordere.

Kohl, der anderen "kneifen" vorwirft, wenn sie seine und seiner Helfer Überlegungen nicht zu teilen vermögen oder andere Vorstellungen in der Sache entwickeln, mußte im "Bericht aus Bonn" selbst "kneifen" und sogar zu bewußter Unwahrheit greifen. Er war zu feige, um sein eigenes Fehlverhalten von 1971 und 1975 wahrheitsgemäß darzustellen oder auch zu korrigieren, denn damals hatte er in der Tat jeweils ein Fernsehduell mit Wilhelm Dröscher kategorisch abgelehnt, mit Begründungen wie sie früher auch CDU-Kanzler parat hatten, wenn Willy Brandt und die SPD gemeinsame Fernsehdiskussionen vorschlugen. Aber Kohl ging, gewiß um einer Blamage aus dem Wege zu gehen, in unzulässiger Weise vor. Er leugnete nicht nur, daß es eine vergleichbare Situation zwischen ihm, dem Mainzer Regierungschef, und dem Ministerpräsidentenkandidaten Wilhelm Dröscher gegeben habe, er besaß auch noch die Dreistigkeit, ausgerechnet dem Bundeskanzler vorzuwerfen, dieser habe vor der Bundespressekonferenz die Unwahrheit gesagt, als er an das Ausweichen Kohls vor Dröscher erinnerte.

Es bleibt festzustellen: Dr. Kohl hat die Wahrheit und die Realitäten überdreht und damit wesentlich eine grobe Irreführung des Interviewers und der Fernsehzuschauer begangen, ja man darf wohl sogar feststellen, daß er bewußt gelogen hat. Die bewußte Irreführung muß ich unterstellen, weil es

praktisch unmöglich ist, daß Kohls Erinnerungs- und Unterscheidungsvermögen durch den Wahlkampf bereits derart gelitten haben könnte.

Dr. Kohl behauptet beispielweise - er sprach ohnehin nicht von 1971 und 1975, sondern nur von der letzten Landtagswahl vor anderthalb Jahren -, daß es in dem ersten Mann der rheinland-pfälzischen SPD, Wilhelm Dröscher, gar keinen Ministerpräsidentenkandidaten der SPD habe geben können, weil die Freien Demokraten sich nicht für Dröscher, sondern (unter gewissen Bedingungen) für die CDU und damit für ihn, Kohl ausgesprochen hätten. Hier stellt sich die Frage: Handelt es sich bei Kohl um einen politischen ABC-Schützen, oder tut er nur so. Er tut natürlich nur so, denn die SPD in Rheinland-Pfalz hat 1971 und 1975 Wilhelm Dröscher jeweils aus eigener Kompetenz zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert, ohne Rücksicht darauf, mit wem die FDP zu koalieren beabsichtigte. Das konnte auch gar nicht anders sein als früher die Nominierung Willy Brandts 1961 und 1965 und 1969. Denn nach Kohlscher Logik wäre auch Willy Brandt damals kein Kanzlerkandidat gewesen, denn es hatte bekanntlich seinerzeit keine Koalitionsaussage oder Aussage zur Kanzlerschaft eines Sozialdemokraten gegeben.

Nach diesen schiefen Darstellungen fällt es noch schwerer, Kohls politische Argumentation noch ernstzunehmen. Es muß sogar der Verdacht ganz offen ausgesprochen werden, daß er möglicherweise niemals die Konfrontation mit dem Bundeskanzler im Fernsehen wirklich ernsthaft gefordert hat. Denn sicher war ihm bestens bekannt, daß Vizekanzler und FDP-Vorsitzender Hans-Dietrich Genscher schon sehr früh und durchaus mit guten Gründen die Teilnahme des ersten Mannes auch der Liberalen und auch die des wirklich ersten Mannes der CDU/CSU, des Vizekanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, verlangt hatte. Wußte Kohl also um die Ablehnung einer Zweierdiskussion und hatte er sie überhaupt nur deshalb gefordert, weil er wußte, nicht wirklich antreten zu müssen? Beweisen läßt sich dies vielleicht nicht, aber alles deutet in diese Richtung. Den harten Sachgesprächen mit überlegenen Politikern geht Dr. Kohl aus dem Wege. Das gilt in diesen Tagen auch für die vom Landesstudio Rheinland-Pfalz vorgeschlagene Diskussion der rheinland-pfälzischen Spitzenkandidaten Kohl, Friderichs und Haehser, denn weil Kohl auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet besonders bekannte Schwachstellen aufweist, darf man ruhig annehmen, daß er keineswegs nur aus Termingründen absagte, sondern aus viel handfesteren Überlegungen heraus. Bundeswirtschaftsminister Dr. Hans Friderichs und der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzminister, SPD-Spitzenkandidat Karl Haehser, hätte ihm nichts, aber auch gar nichts geschenkt - und das wußte Kohl. Und erst am Wochenende ist Kohl in Ludwigshafen einer Diskussion mit Prof. Dr. Horet Ehmke aus dem Wege gegangen, obwohl sie beide auf dem gleichen Platz Straßendiskussionen führten, übrigens trotz ausdrücklicher Aufforderung zu einer Zweierdiskussion in diesem Wahlkreis, in dem Kohl bekanntlich kandidiert.

Die Darstellung, ausgerechnet Bundeskanzler Helmut Schmidt "kneife" vor ihm, hat Kohl gewiß selbst niemals geglaubt, aber auf Anraten seiner Wahlberater, vor allem des Österreicher Bacher, verwendet. Glaubwürdiger ist Dr. Kohl angesichts seines Verhaltens in Rheinland-Pfalz und im Hinblick auf seine mangelnde Wahrheitsliebe ganz gewiß nicht geworden.

(-/6.9.1976/hgy/ee)

Tragfähige Basis für den innerdeutschen Sport

Auch in diesem Bereich nur Lippenbekenntnisse der Union

Von Peter Büchner MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Der Weiterentwicklung der innerdeutschen Sport- und Jugendbeziehungen kommt im Gesamtrahmen des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten auch künftig eine herausgehobene Bedeutung zu. Die politische Bewertung der bisherigen Fortschritte macht deutlich, daß in erster Linie die sozialdemokratische Deutschland- und Ostpolitik die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß die beiden deutschen Sportbünde nach Jahren eines desolaten Verhältnisses durch die Vereinbarung vom 8. Mai 1974 von einer tragfähigen Basis aus operieren können.

Das zunehmende Interesse der Sportvereine, Sportgemeinschaften und Verbände in den beiden deutschen Sportbünden an gegenseitigen Begegnungen ist ein Beweis dafür, daß der beständige Ausbau der Sport- und Jugendbeziehungen vor allem von den Sportlern selbst als ein positiver Beitrag angesehen wird, für den es sich einzusetzen lohnt. Die Förderung der Bundesregierung macht eine günstige Finanzierung und angemessene Vorbereitung möglich. Vor allem die intensive Arbeit der Sportpublizistik in der Bundesrepublik Deutschland hat ganz wesentlich dazu beigetragen, daß Sportler und die sportinteressierte Bevölkerung insgesamt über die Entwicklung und Aufgabenstellung des Sports in der DDR - und die damit verbundenen Auswirkungen auf das Bundesgebiet und Berlin (West) - umfassender als in früheren Jahren informiert werden.

Abgesehen von Einzelquerelen haben sich die Vereinbarungen über die Arbeitsmöglichkeiten von westdeutschen - und West-Berliner Journalisten in der DDR als ein großer Fortschritt bewährt. Läßt man die Journalistenreisen anlässlich der Leipziger Messe zunächst unberücksichtigt, so ist der Anteil der Sportjournalisten an der Gesamtzahl der "Reisekorrespondenten", die in die DDR reisen, erfreulich groß. Nach dem Treffen der Präsidenten der bei-

den deutschen Sportbünde anlässlich der XXI. Olympischen Sommerspiele 1976 in Montreal wird DTSS-Präsident Manfred Ewald mit einer Delegation im März 1977 den Besuch der DSB-Delegation vom Oktober 1975 erwidern und in die Bundesrepublik Deutschland kommen.

Die für 1976 vereinbarten 62 Begegnungen dürften im wesentlichen ohne besondere Schwierigkeiten abgewickelt werden. Gemessen an den Erklärungen - auch der DDR-Sportführung - muß bei den gegenwärtigen Beratungen über die Vorbereitung des Veranstaltungskalenders 1977 eine weitere Ausdehnung und Einbeziehung mittlerer und kleinerer Vereine und Sportgemeinschaften erreicht und die Mitreise von Begleitern und Sportinteressierten großzügiger geregelt werden. So müßte es auch möglich sein, daß Mitarbeiter und Jugendliche aus dem Bereich des Deutschen Sportbundes und der Deutschen Sportjugend das VI. Deutsche Turn- und Sportfest in Verbindung mit der VI. Kinder- und Jugendapertakiade im Juli 1977 in Leipzig besuchen.

Da gerade die DDR-Führung die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in das Zentrum ihrer politischen Argumentation gestellt hat, erwartet die SPD im Hinblick auf die im nächsten Jahr in Belgrad stattfindenden KSZE-Überprüfungsberatungen einen entsprechenden Beitrag der DDR-Regierung zur Ausweitung der innerdeutschen Sport- und Jugendbeziehungen 1977. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat dies mit der Erklärung unterstrichen: "Es ist wohl anzunehmen, daß die DDR-Führung im innerdeutschen Sport- und Jugendbereich sich doch noch einiges einfallen lassen wird, um zu einer akzeptablen Zwischenbilanz der KSZE-Vereinbarungen 1977 beizutragen. Die SPD bleibt beharrlich bemüht, den jungen Mitbürgern konservative Bremsklötze aus dem Weg zu räumen".

Mit gleicher Offenheit muß aber auch festgestellt werden, daß die CDU/CSU in der Vergangenheit keine nennenswerten Beiträge auf diesem Gebiet geleistet hat.

(-/6.9.1976/va/pr)

+ + +

"Wann die Kosaken kommen..."

Das alte Geschäft der CDU/CSU mit der Angst

Kein Angstklichée ist so abgegriffen, daß es von reaktionären Politikern nicht benutzt würde. Da die Politik der sozialliberalen Koalition fest im westlichen Bündnis verankert ist, müssen nebulöse Schreckgespenster an die Wand gemalt werden, um die Angst zu mobilisieren. In den Wahlkampfreden des Unions-Kanzlerkandidaten Dr. Helmut Kohl taucht immer wieder der angeblich von Friedrich Naumann stammende Satz auf: "Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen". Mag sein, daß dieses Zitat stimmt, aber seine Verwendung durch Kohl ist von ähnlicher Qualität wie Kurt Georg Kiesingers Beschwörung von 1969: "China, China, China". Außerdem treibt Kohl damit das gleiche Spiel wie Dr. Rainer Barzel, der 1972 versuchte, mit der Warnung vor den "Panzer der Roten Armee" einen Gegensatz zwischen Verteidigungspolitik und inneren Reformen zu konstruieren, als ob sich beide nicht ergänzten.

Zum Vergleich: Nachrichtenagenturen berichteten über eine am 31. August gehaltene Rede Kohls in Grevenbroich-Frimmersdorf den von Kohl im Anschluß an das Naumann-Zitat angefügten Satz: "Was nützen uns innere Reformen, wenn die Sowjetunion rüstet und rüstet". Und ein Bericht der "Stuttgarter Zeitung" vom 27. März 1972 über eine Rede von Dr. Barzel: "Scherfe Kritik übte Barzel an dem Vorschlag, über eine Ratifizierung der Ostverträge die Verteidigungskosten zu senken, um damit neue Reformen zu finanzieren. 'Wenn wir das täten, dann müßten Sie damit rechnen, daß nachts vor Ihrer Tür ein Panzer der Roten Armee auftaucht'".

Neu war dies freilich schon 1972 nicht. Im Wahlkampf 1969 hatte der CSU-Politiker Dr. Richard Jaeger in Tuntzenhausen seine Warnung vor einer Kanzlerschaft Willy Brandts mit der Frage begründet, "ob wir denn nicht am Ende die Rote Armee über Nacht bei uns im Lande haben" ("Deutsche Tagespost", 16. September 1969).

In derselben Woche als Kohl in Grevenbroich-Frimmersdorf vor den Kosaken warnte, traf sein Kollege Dr. Richard von Weizsäcker mit Sowjet-Botschafter Valentin Falin zusammen. Weizsäcker ließ anschließend durchsickern, daß die Sowjetunion eine konstruktive Politik auch mit einer CDU/CSU-Bundesregierung für möglich halte. Was ja wohl so viel heißen sollte wie: Keine Angst, auch wir von der CDU/CSU werden von den Sowjets als Partner akzeptiert. So doppelzüngig geht es zu: Die einen verschreckt man mit den Kosaken, die anderen beruhigt man mit Herrn von Weizsäcker.

+ + +

Anton Borghoff
(-/6.9.1976/va/pr)

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller